Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg RM. 1.56. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr RM. 1.56 mit Postbestellgebühr. Preise freibleibend. Preis einer Nummer 10 Rpf. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen und Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Rpf., Reklamezeile 80 Rpf. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunftserteilung 20 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für telef. Aufträge wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 73 | **Dienstag den 28. März 1933** | **91. Jahrgang**

Gegen die ausländische Hetzkampagne

Schwerwiegende Beschlüsse der Parteileitung der NSDAP.

München, 27. März. (Conti-Meld.) Wie die nationalsozialistische Parteikorrespondenz erfährt, wird nunmehr die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei den Abwehrkampf gegen die internationale jüdische Greuel- und Boykotthetze gegen Deutschland in schärfster Form aufnehmen. Es verlautet, daß bereits am Dienstag die Anordnungen für die Organisation einer gewaltigen Volksbewegung zur Bildung von Boykottkomitees gegen die jüdischen Geschäfte in Deutschland als Antwort auf die Boykottdrohungen des internationalen Judentums ergehen. Gleichzeitig soll in einer ungeheuren Propagandawelle der Forderung nach Einführung des numerus clausus für die Beteiligung des Judentums an bestimmten akademischen Berufen und öffentlichen Einrichtungen Ausdruck gegeben werden. Ueber acht Millionen Menschen sind in Deutschland arbeitslos und unser eigenes Intelligenzproletariat zählt nach vielen Hunderttausenden. Trotzdem hat das deutsche Volk Hunderttausenden von jüdischen Intellektuellen die Teilnahme an diesen akademischen Berufen gestattet. Dieselben jüdischen Akademiker sind es in erster Linie, die heute Deutschland als Dank dafür vor der Welt in einer wahrhaft schamlosen Lügenhetze heruntersetzen. Zur Abwehr dieses Treibens wird nunmehr die Forderung erhoben werden, dem Judentum in Deutschland an den Hochschulen, in den Berufen der Rechtsanwälte und der Aerzte nur dieselbe Quote zuzubilligen, die sie in der Gesamtzahl der Einwohnerschaft Deutschlands ausmacht. Der Abwehrkampf soll durch Bildung besonderer Aktionskomitees mittels einer riesenhaften Aufklärungspropaganda geführt werden. Damit wird vielleicht gerade dieser jüdisch-internationale Haßfeldzug gegen Deutschland anläßlich einer Revolution, in der dem Judentum kein Haar gekrümmt wurde, zum Anlaß werden, einer schon längst erwünschten Klarstellung des Verhältnisses zwischen dem deutschen Staatsvolk und jenem, die für die ihnen gewährte Gastfreundschaft kein Verständnis aufzubringen vermögen.

Besprechung des Reichskanzlers mit Dr. Göbbels

WB. **Berlin**, 27. März. Reichskanzler Adolf Hitler hatte am Sonntag in Berchtesgaden eine mehrstündige Besprechung mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels. In dieser Besprechung wurde der Gesamtaufbau des neugegründeten Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, das in den nächsten Tagen seine Arbeiten in großem Maßstabe beginnen wird, endgültig festgelegt.

Wie verlautet, galt ein großer Teil der Besprechung auch der wirksamen Abwehr gegen die von interessierten jüdischen Kreisen in Amerika und England gegen das neue nationale Regime in Deutschland entfesselte Greuelpropaganda. In unterrichteten Kreisen wird erklärt, daß die nationalsozialistische Bewegung schon in den nächsten Tagen zu schärfsten gesetzmäßigen Gegenmaßnahmen in Deutschland greifen wird, um damit die intellektuellen Urheber und Nutznießer dieser landesverräterischen Hetze, die in der Hauptsache von ehemals in Deutschland beheimateten Juden im Auslande getrieben wird, zu treffen.

Abwehrmaßnahmen aus dem Volke

Berlin, 27. März. (Conti-Meld.) Die Bewegung zur Abwehr der Greuelpropaganda, die aus der nationalsozialistischen Bewegung heraus angekündigt wurde, wird sich im gesetzmäßigen Rahmen halten. Deshalb wird die Reichsregierung ihr auch keineswegs irgend welche Schwierigkeiten machen, sondern ihr freien Lauf lassen. Die Reichsregierung selbst hat alles getan, um von sich aus der Greuelpropaganda entgegenzuwirken.

Wenn die Hetze trotzdem nicht aufhört, so braucht man sich nicht zu wundern, daß nun spontan aus dem Volke heraus eine Gegenwehr einsetzt. Zu den Mitteln einer solchen Abwehr gehört beispielsweise die Propagierung des Boykotts jüdischer Geschäfte. Die Reichsregierung wird sich dieser Bewegung gegenüber genau so zusehend und abwartend verhalten, wie sich ausländische Regierungen zur Greuelpropaganda einstellen.

Ein Interview mit dem Reichsaußenminister

WB. **Newyork**, 27. März. In einer Unterredung mit dem Chefkorrespondenten der Associated Preß erklärte Reichsminister des Auswärtigen Freiherr von Neurath, daß selbst der bestorganisierte Verwaltungsapparat nicht ausreiche, um jeder einzelnen böswilligen und tendenziösen Falschmeldung auf den Grund zu gehen und sie zu dementieren. Ich kann mir, fuhr der Reichsminister fort, die zur Zeit gegen die deutsche Regierung geführte Propaganda nicht anders erklären, denn als eine plötzliche Wiedergeburt der während des Weltkrieges betriebenen Hetzkampagne. Wie absurd diese Propaganda ist, haben Sie ja erst vorgestern persönlich erlebt. Sie konnten noch am Morgen von unglaublichsten Mißhandlungen lesen, die angeblich den Herren Breitscheid und Wels zuteil geworden waren, und hatten am Nachmittag Gelegenheit, die beiden Herren als Teilnehmer der Reichstagssitzung zu sehen. Mir scheint, daß sich allein mit diesem Hinweis ein Eingehen auf weitere Einzelheiten erübrigt.

Wenn zu Beginn der nationalen Revolution gewisse Uebergriffe einzelner vorgekommen sein mögen, so ist dies gewiß bedauerlich. Aber gleichzeitig ist zu sagen, daß noch nie in der Geschichte eine revolutionäre Umwälzung, wie die jetzt in Deutschland vollzogene, stattgefunden hat, ohne daß gewisse Härten damit verbunden waren. Meines Erachtens zeugt es von der ungeheuren dem deutschen Volke innewohnenden Disziplin, daß derartige Eigenmächtigkeiten nur in äußerst wenigen Fällen und auch dann nur in verhältnismäßig milder Form vorgekommen sind. Sie werden selbst bemerkt haben, daß die energischen Aufrufe des Herrn Reichskanzlers und Ministers Göring, welche vor einigen Tagen derartige eigenmächtige Handlungen Einzelner unter strengste Strafe stellten, einen durchschlagenden Erfolg hatten und Fälle eigenmächtigen Vorgehens nicht mehr bekannt geworden sind.

Der Braunschweiger Stahlhelm durch Staatspolizei entwaffnet

WB. **Braunschweig**, 27. März. **Der braunschweigische Innenminister teilt amtlich mit:**

Der Stahlhelm, Ortsgruppe Braunschweig, nahm seit Tagen ganze Scharen neuer Mitglieder aus den aufgelösten und niedergeschlagenen Organisationen auf. Heute nahm diese Eintrittsbewegung Massencharakter an. Hunderte ehemalige Reichsbannermitglieder, Sozialdemokraten und Kommunisten zogen zum Teil in geschlossenen Abteilungen und unter Bedeckung durch Stahlhelm-Hilfspolizei zum Wachtlokal des Stahlhelms in dem Gebäude der Ortskrankenkasse. Fortgesetzt wurde Freiheit, Front-Heil und Rot-Front gerufen. Vor dem Hause und in den anliegenden Straßen sammelte sich eine erregte Menge von Kommunisten und Sozialdemokraten, aus deren Mitte drohende Rufe gegen Adolf Hitler und gegen die NSDAP. laut wurden. Unter Duldung des Stahlhelms nahm der rote Mob, der seit Wochen sich nicht mehr aus seinen Schlupfwinkeln herausgewagt hatte, eine drohende Haltung gegen Nationalsozialisten und Hitlerjugend ein. Es kam sogar zu Mißhandlungen von Hitlerjungen durch Stahlhelmer. Infolge dieser unerhörten Haltung des Stahlhelms, durch die der Erfolg der nationalen Erhebung in Braunschweig gefährdet wurde, bemächtigte sich der nationalen Bevölkerung der Stadt eine unbeschreibliche Erregung. Minister Klagges sah sich jetzt gezwungen, einzugreifen. Schutzpolizei wurde unter Führung des Kommandeurs zur Ueberholung der Krankenkasse eingesetzt, während SA. und SS. Plätze und Straßen in der Umgebung absperrten und säuberten. Die Stahlhelm-Hilfspolizei wurde entwaffnet, hunderte von Zivilisten, die sich in dem Gebäude aufhielten, namentlich festgestellt und ganze Pakete von ausgefüllten Anmeldungen beschlagnahmt. Unter den sichergestellten Papieren befinden sich Mitgliederlisten geschlossener Schufo-Formationen, Reichsbannermitgliederbücher und weiteres belastendes Material, aus dem hervorgeht, daß die Stahlhelmführer bewußt die Marxisten in ihrer Organisation sammeln. Es ist ferner festgestellt, daß die Schufo-Abteilungen auf Befehl und Verabredung an den Stahlhelm herangetreten sind, um auf diese Weise den Kampf gegen NSDAP. und die nationale Erhebung führen zu können. Mehrere im Hause befindliche Stahlhelmführer und sämtliche dort festgestellten Zivilisten wurden wegen des Verdachtes, eine gegenrevolutionäre Bewegung vorbereitet zu haben, in Haft genommen.

Seldte über die Vorfälle in Braunschweig

Berlin, 27. März. (Conti-Meld.) Reichsminister Seldte erklärte zu den Vorfällen in Braunschweig, daß er noch keine Kenntnis davon habe. Weiter führte der Minister aus, daß sich in letzter Zeit ein außerordentlich starker Ansturm zu den nationalen Verbänden bemerkbar gemacht habe. Der im Reichstag vom Reichskanzler getane Ausspruch, er wolle alle Volksgenossen langsam für sich gewinnen, habe natürlich zur Folge, daß die Leute heute versuchen, in die nationalen Verbände hereinzukommen. Beim Stahlhelm gehe das im Sturm und um nicht die Uebersicht zu verlieren, habe man allerorts abgedämmt. Die Auswahl unter den Neuanmeldungen erfordere natürlich einen starken Takt des betreffenden Führers. Er habe das Gefühl, daß der Braunschweiger Stahlhelmführer, der übrigens in Wolfenbüttel sitze, mit diesen Vorfällen nichts zu tun habe. Er kenne ihn seit langem als zuverlässigen Mann. Sollten die Vorfälle sich so abgespielt haben, wie die ersten Meldungen berichten, dann würde er, der Minister, morgen sofort 3 Kommissare nach Braunschweig schicken, um dort reinen Tisch zu machen. Wie der Minister noch erwähnte, seien bereits vorher, also unabhängig von den Braunschweiger Vorfällen, die Stahlhelmführer zu einer Besprechung für kommenden Samstag nach Berlin geladen worden, um über die zukünftige Handhabung von Neueinstellungen Klarheit zu schaffen.

Die große Natural-Notstandsaktion läuft ab 1. April

Berlin, 27. März. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. berichtet, wird die große Naturalhilfsaktion der Reichsregierung, bei der es sich um die Verteilung von 40 000 Zentnern Butter und 700 000 Zentner Roggen an die Hilfsbedürftigen der Notstandsgebiete handelt, vom 1. April ab praktisch in Gang gesetzt. Die Bezirksfürsorgeverbände bezw. die Gemeinden der Notstandsgebiete bestimmen den Kreis der Hilfsbedürftigen, die in den Genuß der Beihilfen gelangen. Das Reich hat inzwischen die 40 000 Zentner Butter aufgekauft und sie in Kühlhallen gelagert. Um Frachtkosten zu ersparen, wird

(Fortsetzung 2. Seite)

Der Widerstand der Wirtschaft

Eine Stimme aus dem nationalsozialistischen Lager

Unter der Ueberschrift „Die wirtschaftliche Revolution" bringt die „Preußische Zeitung", das nationalsozialistische Organ Ostpreußens, beachtliche Ausführungen, denen wir folgende Abschnitte entnehmen:

Wir sind uns dabei bewußt, daß die Entscheidungen der sozialen und wirtschaftlichen Revolution später reif werden als die der politischen. So bitter die wirtschaftliche Not ist, so offenbar für jeden Sehenden der Umstand ist, daß es keine Rettung gibt in diesem Wirtschafts- und Sozialsystem, sondern nur der Bruch mit diesem System und der Aufbau eines neuen dem Volke Freiheit und Brot geben kann, so weiß die zeitverbundene Revolution sehr wohl, daß man ehrfürchtig auf den Schlag der Weltenuhr warten muß, die die Epochen einer Zeitenwende gleich Stunden zählt. Der jugendliche, drängende Wille zur Umwälzung und Neugestaltung, verbunden mit der Ruhe, die getrost vom Schicksal sich führen läßt, beides muß uns erfüllen, wenn wir diese Revolution gewinnen wollen.

Die Hauptsache ist, daß auf keinem Gebiete der deutschen Revolution die Zeit still steht, daß wirtschaftlich und sozial die Ereignisse in der Richtung des Systemwechsels weiter laufen und keine Reaktion eintritt, d. h. keine Wiederbelebung bereits überwundener Prinzipien.

„Gleichschaltung!" kein schönes, dafür aber ein modernes Wort! Nachdem Reich und Länder auf denselben politischen Nenner gestellt worden sind und am 12. März die kommunale Selbstverwaltung folgte, soll nun die berufsständische Selbstverwaltung herankommen. Die Landwirtschafts-, die Industrie- und Handels- und die Handwerkskammern sollen neugewählt werden. Wie dringend notwendig das ist, sieht man daraus, daß im Ständischen Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrates ein einziger Nationalsozialist sitzt, während zwei Drittel des deutschen Landvolkes unter dem Hakenkreuz steht.

Ueberall in den Kammern hat sich eine liberalistische Führungsclique gebildet, deren einzige Leistung es gewesen ist, von der politischen Umschmelzung des Volkes und seiner Berufsstände in einem Ausmaße keine Notiz zu nehmen, das staunenswert ist. Da hat sich ein Typus herausgebildet, der die vergangene Epoche mit einer Sinnfälligkeit verkörperte, wie kaum etwas: der vielgewandte Syndikus, geistig eingebildet, snobistisch — wer kennt ihn nicht und wem ist nicht schon bei seinem Anblick übel geworden? Statt neuer Gedanken hatten sie „Bedenken". Sie bildeten eine eigene Republik, in der der Kampf aller gegen alle mit nicht geringerer Kraft geführt wurde als in den Parlamenten, das war die „Syndikusrepublik". Sie wurden dafür bezahlt, daß sie zudringlich wie die Fellnasen in die Zimmer der Ministerien stürmten und jede organische- und systematische Arbeit der Staatsgewalt sabotierten, soweit sich in den letzten Jahren davon überhaupt Ansätze zeigten.

Damit wird nun aufgeräumt werden. Die berufsständische Selbstverwaltung wird künftig nicht mehr eine Veranstaltung zur interessenmäßigen Beeinflussung der Staatsgewalt sein, sondern die Trägerin der Ausführung des Gedankengutes der Regierung der deutschen Revolution. Die Durchsetzung der Berufsstandsvertretung mit zuverlässigen und disziplinierten Nationalsozialisten gewährleistet eine harmonische Zusammenarbeit der Berufsstände. Der Kampf aller gegen alle wird abgelöst durch eine Arbeit nach dem nationalsozialistischen Grundsatz „Gemeinnutz vor Eigennutz". Wir brauchen dann keine „Konklaven" mehr zur Ueberbrückung wirtschaftlicher Gegensätze. Die einheitliche nationalsozialistische Staats- und Wirtschaftsgesinnung gleicht diese Gegensätze an ehe sie entstehen können.

Der Hauptwiderstand gegen die soziale und wirtschaftliche Revolution wird von der sogenannten „Wirtschaft" geleistet. Sieht man näher zu, was denn unter dieser Flagge „Wirtschaft" segelt, dann bemerkt man die Syndikus und hinter den Syndikus den deutschen Industrie- und Handelstag oder den Landwirtschaftsrat, die alle hübsch liberalistisch zusammengesetzt sind, während die Wirtschaftsstände selbst längst nationalsozialistisch denken und fühlen. Diese Syndikus haben es gewagt, nationalsozialistische Gedankenarbeit in gut von der kapitalistischen Presse bezahlten Artikeln verächtlich zu machen, während der Berufsstand, den sie vertreten sollten, längst nationalsozialistisch war.

Man muß sich einmal klar machen, welchen Fortschritt es für den wirtschaftlichen Teil der deutschen Revolution bedeutet, wenn der Widerstand der sogenannten „Wirtschaft" sich verflüchtet. Die Basis, auf der die reaktionären Kräfte in Deutschland stehen, wird dadurch immer schmaler. Die Durchbruchsmöglichkeiten der sozialen Revolution werden erneut erheblich vergrößert.

Vor Einführung der Arbeitsdienstpflicht

Bemerkenswerte Ausführungen des neuen Reichskommissars

Berlin, 27. März. (Eig. Meldung.) Der neu ernannte Reichskommissar für den Arbeitsdienst, Mahnkens, machte, nach einer Meldung des „Angriff am Montag" bemerkenswerte Ausführungen über den Arbeitsdienst. Der Redner erklärte u. a., daß schon in den nächsten Tagen die Arbeitsdienstpflicht als Bestandteil eines Generalplanes zur Behebung der wirtschaftlichen und sozialen Nöte beschlossen werden würde. In den verschiedenen Bezirken müßten dann sofort die vorhandenen Führerstämme eingeteilt werden. Schon im Sommer hoffe man, organisatorisch so weit zu sein, daß genügend Führerstämme vorhanden seien, um bereits ganze Jahrgänge zur Arbeitsdienstpflicht einzuberufen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

für die Unterverteilung der Buttermengen die Organisation der Winterhilfe eingeschaltet, der die Reichsbahn Frachtfreiheit zugestanden hat. Die beim Umwiegen und Verpacken entstehenden Kosten hat der Unterstützungsempfänger zu tragen, doch handelt es sich dabei lediglich um einen Betrag von etwa 10 Pfennig für das Pfund Butter.

Die 700 000 Zentner Roggen werden den Hilfsbedürftigen in Form erheblich verbilligten Brotes zur Verfügung gestellt. Hier läuft die Aktion so, daß die Bezirksfürsorgeverbände bzw. Gemeinden bei nahe gelegenen Mühlen ein bestimmtes Roggenkontingent anfordern. Die Mühlen lassen auf ihre Kosten Bezugsscheine herstellen, die an die Hilfsbedürftigen verteilt werden. Mit diesen Gutscheinen geht der Hilfsbedürftige zu irgend einem Bäcker, der ihm das verbilligte Brot aushändigt. Die Bäckereigenossenschaften haben sich bereit erklärt, die Backkosten im Rahmen dieser Aktion um 10 Prozent zu senken. Der Hilfsbedürftige wird das Brot auf seinen Gutschein daher für etwa die Hälfte des Ladenpreises erhalten können.

Ergänzend hört das Nachrichtenbüro des VdZ. noch, daß die ganze Hilfsaktion sich über einige Wochen erstrecken soll und daß die Ausgabe der verbilligten Nahrungsmittel in zwei Raten erfolgen sollen. Den Gemeinden entstehen dabei keine besonderen Kosten. Die auf die Einzelbezugsscheine entfallenden Mengen werden sich erst genau feststellen lassen, wenn sich bei Ausgabe der ersten Rate die Zahl der in Frage kommenden Personen in den verschiedenen Bezirken endgültig ergibt.

Die Abrüstungskonferenz vertagt

WB. Genf, 27. März. Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hat sich Montag abend nach Abschluß der allgemeinen Aussprache über den britischen Konventionsentwurf bis zum 25. April vertagt. Mit 42 Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, die vom Berichterstatter der Konferenz, Benesch, ausgearbeitet worden ist. In dieser Entschließung wird im wesentlichen gesagt, daß der britische Konventionsentwurf die Grundlage für die kommenden Einzelberatungen des Hauptausschusses sein wird. Zu dem materiellen Inhalt der Resolution, in der auch auf die Resolution des Hauptausschusses vom 23. Juni v. J. bezug genommen wird, geben die Vertreter Rußlands, Deutschlands, Italiens, Ungarns und Oesterreichs kurze Erklärungen ab, in denen sie darauf hinwiesen, daß sie seinerzeit gegen diese Resolution gestimmt bezw. sich der Stimme enthalten hätten. In der heute angenommenen Resolution werden die Delegierten aufgefordert, eventuelle Abänderungswünsche zu dem britischen Konventionsentwurf bis spätestens 20. April ds. Js. einzureichen.

Als letzter Redner ging der britische Außenminister Sir John Simon auf die in der Generaldebatte geäußerten Ansichten in einer längeren Rede ein. Eine besonders wichtige Stelle dieser Schlußrede Simons war ein direkter Appell an Deutschland, seinerseits einen Beitrag für den positiven Abschluß der Konferenz dadurch zu geben, daß die Voraussetzung des internationalen Vertrauens geschaffen wird. Er bezog sich dabei auf die bekannte Aeußerung des Botschafters Radolny, der seinerzeit dargelegt hatte, daß Deutschland durch seine einseitige Entwaffnung soviel gegeben habe, daß die Gegenleistung nun endlich erfolgen müsse.

Hierzu ist deutscherseits zu sagen, daß soeben erst der Reichskanzler die deutsche Gesamtpolitik ausdrücklich als eine Politik des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit gekennzeichnet hat, und daß auch gegenüber den Ausführungen Simons der deutsche Standpunkt unverrückbar bleibt: Was Deutschland zu geben hatte, hat es gegeben und hat es in aufrichtigem Willen zu internationaler friedlicher Zusammenarbeit gegeben, aber jetzt ist es vorwiegend und in erster Linie Sache der anderen Verständnis dafür zu zeigen, daß diese Zusammenarbeit ohne Erfüllung der von Botschafter Radolny erhobenen Forderung nicht gelingen kann.

„Endgültig niedergelegt"

Berlin, 27. März. Amtlich wird mitgeteilt: Der bisherige Ministerpräsident Dr. Braun und die bisherigen Staatsminister Dr. Hirtsiefer, Severing, Dr. Schreiber, Dr. Schmidt, Klepper, Dr. Steiger und Grimme haben dem Herrn Reichskommissar für das Land Preußen, Vizekanzler von Papen, mitgeteilt, daß sie sich auf Grund des Beschlusses des preußischen Landtags vom 22. März ds. Js. von der Verpflichtung aus der Vorschrift des § 59 Abs. 2 der preußischen Verfassung entbunden fühlten und ihre Aemter endgültig niederlegten. Der Reichskommissar für das Land Preußen, Vizekanzler von Papen, hat die Kenntnisnahme dieses Beschlusses bestätigt.

Staatskommissar für Krankenkassen

Stuttgart, 27. März. Der Staatspräsident hat Regierungsrat Dr. Otto Müller beim Württ. Oberversicherungsamt zum Staatskommissar für die Krankenkassen Württembergs bestellt. Der neue Staatskommissar hat die Aufgabe, Mißstände bei den Krankenkassen zu beseitigen und die Neuordnung der Krankenversicherung in Württemberg durchzuführen. Staatskommissar Dr. Otto Müller ist, wie der „NS.-Kurier" berichtet, seit Jahren Berichterstatter für die Krankenversicherung beim Württ. Oberversicherungsamt und ist durch seine zahlreichen Veröffentlichungen auf diesem Gebiet, insbesondere auch durch die Herausgabe eines „Führers durch die Krankenversicherung" in Fachkreisen wohl bekannt.

Die Fettkarte

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter

In der letzten Märzwoche werden in ganz Deutschland Fettkarten an die minderbemittelte Bevölkerung ausgegeben werden. Im allgemeinen erfreuen sich Lebensmittelkarten keiner allzu großen Beliebtheit. Sie erinnern noch immer zu sehr an die in der Kriegszeit ausgegebenen Brotkarten, die ein Zeichen der Nahrungsknappheit waren. Aber die Ausgabe der Fettkarten, die jetzt beschlossen wurde, ist nicht auf eine Knappheit, sondern im Gegenteil auf einen Ueberfluß an Fett zurückzuführen. Ueberfluß aber bedeutet Preissturz und damit Verelendung des Produzenten, der für Waren, die in zu großen Mengen vorhanden sind, keinen gerechten und wirtschaftlich vernünftigen Preis erhält.

Deutschland produziert, wie man sagt, 100 000 bis 150 000 Tonnen Butter zuviel. Das bedeutet freilich nicht, daß für diese Buttermengen keine Konsumenten vorhanden sind. Aber außer Butter und Schmalz werden in Deutschland noch 450 000 Tonnen Margarine erzeugt, die im Durchschnitt nur etwa halb so viel wie Butter kostet. Infolge des Sturzes der ausländischen Rohstoffpreise ist die Margarine so stark im Preise gesunken, daß immer mehr Konsumenten zum Genuß von Margarine übergegangen sind. Noch stärker als die Billigkeit der Margarine hat natürlich der allgemeine Einkommensrückgang die Wendung der Konsumenten vom Butter- zum Margarinegenuß gefördert. Die Folge davon war aber, daß ein immer größerer Teil der deutschen Butter unverkauft blieb, und daß der Butterpreis tief unter die Selbstkosten der Landwirtschaft sank. Durch das soeben veröffentlichte Gesetz über die Neuordnung der Fettwirtschaft wird deshalb eine Verminderung der Margarineerzeugung auf 60 Prozent angeordnet. Zugleich wird eine Kontrollstelle für die Margarineerzeugung eingeführt und es wird eine Steuer oder Ausgleichsabgabe auf alle importierten Fette, also insbesondere auf diejenigen, die zur Margarineherstellung dienen, gelegt. Dadurch soll erreicht werden, daß künftig mehr inländische Butter und Schmalz, dafür aber weniger aus Auslandsfetten hergestellte Margarine verbraucht wird.

Aber selbstverständlich wird nur die wohlhabendere Bevölkerung vom Genuß der Margarine zu dem der Butter übergehen können. Das Ziel der Neuordnung ist natürlich in erster Linie eine Stützung des für die Landwirtschaft ruinösen Butterpreises. Gleichzeitig wird die Preisregelung aber nicht durchgeführt werden können, ohne daß auch die Margarinepreise eine nicht unerhebliche Erhöhung erfahren. Man veranschlagt die Verteuerung der Margarine, die voraussichtlich eintreten wird, auf 25 Pfennige je Pfund; vielleicht ist sie sogar noch etwas größer. Von dieser Verteuerung soll jedoch die minderbemittelte Bevölkerung nicht betroffen werden. Sie erhält deshalb Fettkarten, auf die bestimmte Mengen von Margarine oder Ersatzfetten zu einem verbilligten Preise bezogen werden können. Die Grenzen der Kartenbezugsberechtigten sollen sehr weit gezogen werden, denn es werden voraussichtlich 25 Millionen Fettkarten ausgegeben werden.

Der Zweck der neuen Fettkarten ist nicht etwa eine Rationierung sondern eine Wiederverbilligung der Margarine für die Minderbemittelten. Der Inhaber einer Fettkarte wird Margarine oder entsprechende Ersatzfette ungefähr zu den gleichen billigen Preisen wie bisher beziehen können. Er wird also durch die Verteuerung der Margarine nicht oder möglichst wenig betroffen werden. Von der übrigen Bevölkerung aber, die keine Fettkarte erhält, wird erwartet, daß sie statt der verteuerten Margarine künftig Butter konsumiert.

Aus Stadt und Land

— Im Bereich des Landesfinanzamts Stuttgart wurde versetzt: Obersteuersekretär Eckebrecht bei dem Finanzamt Balingen an das Finanzamt Neuenbürg.

Neuenbürg, 28. März. Im Laufe des gestrigen Tages führte Polizei-Unterkommissar Landtagsabgeordneter Bäzner, Nagold, im Auftrag des Innenministeriums die im ganzen Land übliche Aktion zur Befriedung des öffentlichen Lebens auch am hiesigen Platze durch. Unter Zuhilfenahme einer Abteilung SA. sowie der örtlichen Polizei- und Landjägermannschaften wurden insgesamt 21 Personen zur Vernehmung ins Rathaus vorgeführt. Vorwiegend handelt es sich um Funktionäre von Linksparteien, jedoch wurden auch hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in führenden Beamtenstellen einem Verhör unterzogen. Neun Personen wurden in Schutzhaft behalten, darunter befindet sich auch der Ortsgeistliche der Gemeinde Schwann. Die eingeleiteten Untersuchungen werden ergeben, inwieweit etwaige Amtsenthebungen oder Schutzhaftentlassungen vorgenommen werden. Die Aktion wird heute in den Gemeinden Birkenfeld und Herrenalb weitergeführt. Ueber das Ergebnis werden wir noch berichten.

Neuenbürg, 27. März. (Amtswaltertagung der NSDAP.) Die Amtswalter der Ortsgruppen und der Stützpunkte der NSDAP. des Oberamtsbezirks Neuenbürg haben sich am letzten Samstag in der „Eintracht" eingefunden und waren so ziemlich alle erschienen. Kreisleiter Forstmeister Boepple, Herrenalb konnte mit Freuden feststellen, daß eine so starke Teilnahme noch nie festzustellen war. Ferner wies er darauf hin, daß diese Tagung hier in Neuenbürg die erste im nunmehr erwachten Deutschland ist und daß endlich der Tag angebrochen ist, auf den wir alle schon lange mit Sehnsucht gewartet haben. Ferner konnte der Kreisleiter feststellen, daß nunmehr viele, seitdem der Nationalsozialismus an der Macht ist, ihr nationalsozialistisches Herz entdeckt haben, jedoch wies er auch darauf hin, daß jeder Neueintretende mindestens ein Probejahr ablegen muß und daß der Eintritt bei der SA. ganz gesperrt ist. Der Kampf muß in der bisherigen Weise weitergeführt und darf jetzt nicht auf den Lorbeeren ausgeruht werden. Kreispropagandaleiter Treutle, Wildbad verbreitete sich über die Richtlinien, die in Zukunft bei Abhaltung von Deutschen Abenden einzuhalten sind. Pg. Stadtrat Traub sprach über die Arbeitsdienstpflicht. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten konnte der Versammlungsleiter die angeregt verlaufene Tagung schließen. dk.

(Wetterbericht.) Hochdruck erstreckt sich von Irland bis nach Finnland. Für Mittwoch und Donnerstag ist zwar zeitweilig bedecktes, aber immer noch vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 27. März. Die bürgerliche Rathausfraktion hat heute abend eine Fraktionssitzung einberufen und dazu auch den Ortsvorsteher eingeladen. Die Fraktion beschloß einstimmig ihren Eintritt in die NSDAP., der sie schon lange sympathisch gegenüber gestanden sei. Sie beschloß weiter dieser Sympathie dadurch Ausdruck zu geben, daß sie in der nächsten Sitzung beantragen werde, den Marktplatz in Hindenburgplatz und die Baumgartenstraße in Hitlerstraße umzutaufen und dem verehrten Reichspräsidenten Hindenburg sowie dem verehrten Reichskanzler Hitler das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Die Führer der NSDAP. wurden von dem Beschluß sofort verständigt und begrüßten mit Freude die Entschließung der bürgerlichen Rathausfraktion. Da auch von der Beamtenschaft des Rathauses eine klare Entscheidung ihrer Einstellung verlangt wurde, erklärte der Ortsvorsteher, daß er und seine Beamtenschaft, wie er bereits erklärt habe, in aller Oeffentlichkeit sowohl national wie auch sozial eingestellt seie. In eine Partei könnte er nicht eintreten, da er versprochen habe, unparteiisch zu sein und sein Amt unparteiisch zu führen. Da er nun aber die NSDAP. nicht als Partei betrachte, die für die oder jene Interessen des einzelnen Standes oder Berufes eintrete, sondern eine Bewegung sei, die für alle einstehe, einerlei ob Arbeiter, Beamter, Bauer oder Geschäftsmann, könne er, ohne mit seinem Gewissen in Konflikt zu kommen, in diese Bewegung eintreten, da er stets nach dem obersten Grundsatz dieser Bewegung „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" handeln wolle und erklärte unter dieser Begründung für sich und seine Beamten den Eintritt in diese Bewegung. Der Bürgermeister wünschte zum Schluß, daß der heutige Schritt zum Segen seiner Gemeinde sein möge.

Calmbach, 27. März. Der hiesige Krieger- und Schüt-

J. SCHNEIDER-FOERSTL:

Wenn Töchter Frauen werden

URHEBER-RECHTSSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU

(22. Fortsetzung.)

Sie fuhr hoch, als die Sonne ihr die ersten Goldpfeile ins Gesicht warf. Heute war ja Sonnabend, heute mußte er ja kommen! Vielleicht holt sie ihn am Abend selbst ab. Es würde schon irgendwie glücken, daß sich dafür eine Möglichkeit ergab.

Und dann saß sie plötzlich mit halbgeöffnetem Munde und drückte gleich darauf die Finger dagegen. Von unten kam eine Stimme, die ihr schöner als das Geläut der Osterglocken dünkte. Mit einem Schwung stellte sie die Füße auf den Boden und lief zum Fenster, um durch das Geranke zu spähen.

Da stand Malnow kaum zwei Meter vom Hause entfernt und sprach mit einem der Knechte. Am rechten Aermel des grauen Anzuges trug er einen Streifen schwarzen Flores.

„Dieter!" Mein Gott, er mußte es doch hören, auch wenn sie nur flüsterte. „Dieter!" Er mußte doch fühlen, wie ihre Seele nach ihm rief. — Der Knecht schritt nach dem Hofe zurück und dann — — sie fühlte das Kreisen ihres Blutes bis an die Stirne. Sein Kopf hob sich; das schöne, nur etwas überblasse Gesicht neigte sich nach hinten. So sah er nach ihrem Fenster herauf.

Sie lief nach ihrem Toilettentisch und hatte die tiefrote Samtknospe, die als letzte des Gartens geblüht hatte. Mitten auf die Brust traf sie ihn. Er hielt sie mit raschen Fingern und drückte die Lippen auf die halbgeschlossenen Blätter. Seine Arme hoben sich, als wolle er an einem der Rosenstämme etwas richten, aber sie wußte die Bewegung zu deuten. Er streckte sie in übergroßer Sehnsucht nach ihr aus.

„Dieter!" jauchzte sie, „Dieter!"

Er legte den Finger an den Mund und wandte sich dem Hofe zu. Demnach mußte irgendwo ein Lauscher sein, der ihrer Liebe gefährlich wurde. Etwas verärgert über den unsichtbaren Störenfried, sah sie ihm nach und gewahrte gleich darauf den alten Dettermann, wie er auf Malnow zuschritt, um diesen etwas zu fragen.

Zu dumm, daß er ihnen zwischen die ersten Minuten der Wiedersehensfreude geplatzt war. Aber dann war der Zorn auch schon verwunden. Die Hauptsache blieb: Dieter war wieder da! Sie konnte ihn wieder haben und seine Küsse trinken, so oft sie wollte.

Mit raschen Füßen schlüpfte sie wieder in ihr Bett zurück und drückte das heiße Gesicht in das kühle Linnen der Kissen. Mit offenen Augen träumte sie in den erwachenden Morgen, und Frau von Recklinhausen konnte sich eines Erstaunens nicht erwehren, als ihre Jüngste gegen alle Gewohnheit schon um sieben Uhr am Frühstückstisch erschien.

„Ladest du heute Malnow ein, mit uns das Abendbrot zu essen?" fragte Suse und neigte den blonden Kopf etwas tiefer über die goldgerandete Tasse. Auf das „Ja" der Mutter hatte sie nur ein abwesendes Lächeln um den Mund.

Das Leben war doch wundervoll schön. Es gab kaum ein zweites Wesen auf Erden, das so voll des Glückes war wie sie, die jüngste Recklinhauserin.

* * *

Tage und Wochen flogen dahin! Monate glitten vorüber. Jeder nächste Morgen war die Fortsetzung der Seligkeit, die der vorhergegangene Tag nicht mehr zur Gänze hatte bescheren können. Suses Augen glichen blendenden Sonnen. Malnows Gang war ein Schwingen, ein förmliches Losgelöstsein von aller Erdenschwere. Wenn die beiden sich gewollt oder ungewollt begegneten, pulste ihr Blut in brennenden Wellen zueinander. — Nur Frau von Recklinhausen wußte und ahnte noch immer nicht, wie es um ihre Tochter stand.

Sie hatte soviel zu sorgen jetzt. Hans Jürgen Gradnitz überschüttete sie mit bittenden Briefen. Beinahe jede Post brachte ein paar Zeilen von ihm. „Wann wirst du endlich zu deinen Töchtern von unserer Liebe sprechen?"

„Von unserer Liebe!" Dann brannten ihre Wangen in Feuertönen, sie schämte sich vor ihren großen Kindern. Fühlte, daß sie es wahrscheinlich nie zuwege bringen würde, vor diese hinzutreten und zu sagen: Ich bin erst vierundvierzig und sehne mich noch einmal nach einem Glück an der Seite eines zweiten Mannes.

Suses Blick hing zuweilen mit solch auffallendem Forschen an ihr, daß sie über und über errötete. Wußte die Tochter um das Geheimnis ihres Herzens? Manchmal löste ihre Jüngste sich so hastig aus ihren Armen, daß sie das Blut bis an die Schläfen rauschen hörte. Vorsichtiger denn je versperrte sie Gradnitz' Briefe und trug den Schlüssel zu ihrem Schreibtisch immer bei sich.

Und immer wieder und wieder trafen Zeilen von ihm ein, sein Bitten wurde dringlicher. „Warum zögerst Du noch immer, geliebte Frau? — — Deine Töchter haben Dich doch lieb und sind in einem Alter, wo sie auch begreifen, daß man — —"

„Mama! — Denk nur Mama!" Suse kam in das Zimmer gewirbelt und schwenkte einen weißen Bogen in der Linken. „Was meinst du denn, wer mich eingeladen hat? Wer meinst du denn? — — Auf ein paar Wochen gleich! Und dich auch, Mama! — — So rat doch, Mutti! Es gibt doch nicht viel Leute, die einen gleich ein paar Wochen bei sich haben wollen."

„Ich weiß wirklich nicht, Kind!"

„Aber ich, Mama! Also Gradnitz! — Dein Freund, mit dem wir damals die Gewitterpartie auf den Eglofstein gemacht haben!"

„Mein Freund?" entfuhr es Frau von Recklinhausen entsetzt. Das Wort hatte sie förmlich niedergeschmettert.

„Nun ja, ein Vetter ist er doch nicht! Wenn es dir lieber ist, dein Bekannter. Wir nehmen natürlich mit Handkuß an, nicht wahr, Mama!"

Frau von Recklinhausen griff mit unsicheren Fingern nach dem Bogen, auf welchem Gradnitz das „verehrte Fräulein Suse" einlud, nach Groß-Steinach zu kommen. Selbstverständlich hoffe er auch die hochgeschätzte Frau Mama bei dieser Gelegenheit begrüßen zu dürfen. Die letzten Zeilen tanzten unruhig vor Frau von Recklinhausens Blick: „Lassen Sie mich nicht umsonst gebeten haben, liebes Kind, und bereiten Sie diese große Freude

Ihrem

ergebensten Hans Gradnitz."

„Also, die große Freude bereiten wir ihm, nicht wahr, Mama!" lachte Suse.

„Ich weiß nicht, Kind!"

Suses Lachen wirkte jetzt wie eine Explosion. „Das ist nun schon das zweitemal, daß du dich so ausdrückst, Mama!" — Dann ein jähes Atmen, ein plötzliches Wechseln des Gesichtsausdruckes, ein Suchen in den Augen der Mutter und dann ein Losprusten, als ob es alles in ihr sprengen wollte: „Was bin ich für ein Schaf! Gott, solch ein dummes, unerfahrenes Nilpferd! Mama, das ist ja direkt zum Kugeln!" Frau von Recklinhausen fühlte sich um den Hals genommen und bis zur Atemlosigkeit abgeküßt. Dann saß ihre Jüngste auf dem Schoß und lachte und weinte durcheinander: „Ohne Schmeichelei, Mama, er ist wirklich famos, dein Jürgen Gradnitz! Ein lieber Kerl! Und gar nicht einmal so alt! Was Feisches noch! Und auch kein Duckmäuser! Die Leute kann ich nämlich am allerwenigsten leiden, weißt du, Mama!"

„Kind!" Die Mutter fand endlich Worte. „Kind!"

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

zenverein sowie der Musikverein veranstalteten gestern abend im Saal z. „Bahnhof" einen wirklich netten Kameradschafts- und Familienabend. Nach dem Eröffnungsmarsch begrüßte der Vorstand des Krieger- und Schützenvereins Karl Wurster die Kameraden bezw. Mitglieder der beiden Vereine, gab seiner Freude Ausdruck, daß nun das so lange ersehnte Ziel des Kriegerbundes in Erfüllung gegangen sei, richtete die Bitte an seine Kameraden, auch ihr Teil beizutragen zu neuem Zusammenschluß und sprach den Wunsch aus, daß auch der heutige Abend neue Kameraden zuführen möge. Schneidig und exakt, wie wir es unter der Direktion Paul Reimanns gewöhnt sind, waren die teilweise recht schweren Märsche, Ouvertüren, Potpourris und Walzer des Musikverein. Tränen lachen konnte man über den urkomischen Schwank aus der Militärzeit „Schruppke kommt" und über das humoristische Theaterstückchen „Der Spak im Orchester". Auch Kam. Burger gab wieder aus seinem reichen Schatz köstlichen Humors einiges zum Besten. Das Deutschlandlied bildete einen würdigen Abschluß des schönen Abends.

Calmbach, 27. März. Ein Unglücksfall, der noch gnädig abgelaufen ist, passierte am Samstag mittag um 12 Uhr in der Schömbergerstraße beim Heimgang der Arbeiter der Gauthier'schen Fabrik. Ein rücksichtsloser Radfahrer fuhr in einem Tempo auf der linken Straßenseite den entgegenkommenden Schreinermeister Erhard sen. so an, daß es den Mann zwei Meter weit an die Wand eines Hauses warf, wo er mit blutender Kopfwunde liegen blieb. Soll es erst noch Tote geben, ehe der Verkehr mit Autos, Krafträdern und Fahrrädern auf der engen Schömbergerstraße so geregelt wird, daß auch der Fußgänger noch ohne Lebensgefahr von und zum Geschäft kommen kann?

△ **Herrenalb**, 27. März. (Frühjahrs-Versammlung des Kriegervereins.) Am gestrigen Sonntag hielt der Kriegerverein bei Kamerad Pfeiffer im Hotel „Kühler Brunnen" seine Frühjahrsversammlung ab. Vorstand Oskar Mönch begrüßte die zahlreich Erschienenen und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß trotz des verlockenden Frühlingswetters der Besuch der Versammlung erfreulich sei. Zur Tagesordnung besprach man zunächst die Abhaltung eines Familienabends mit Lichtbildervorführung im Bahnhotel am 23. April. Kamerad Pfeiffer referierte sodann über die Fortschritte im Schützenhausbau, welcher gemeinschaftlich mit der Schützengesellschaft erstellt wird. Vorstand Mönch verlas sodann eine hochbedeutsame Kundgebung der neuesten Nummer der Kriegerzeitung, in welcher es am Schlusse heißt: „Deutsch sind wir endlich geworden! Deutsch bleiben heißt die Parole bis in die fernste Zukunft." Auch der Kriegerverein Herrenalb begrüßt den nationalen Aufstieg und stellt sich einmütig hinter die alte, ruhmbedeckte Flagge schwarzweißrot. Jeder, der deutsch denkt, hat die Pflicht mitzuhelfen, um das Erkämpfte zu behaupten. Dann wird es gewiß zur Wahrheit werden:

Nimmer wird das Reich zerstöret,
wenn ihr einig seid und treu!

Vorstand Mönch schloß die Versammlung, die durchaus in treudeutscher kameradschaftlicher Verbundenheit verlaufen ist.

△ **Herrenalb**, 27. März. Um 12.15 rief die Sirene des Elektrizitätswerks Feueralarm. An der Kurve der Rotensoler Steige hatte eine Neusatzer Frau Reis angezündet; das Feuer griff auf den benachbarten jungen Waldbestand über. Die Gefahr eines gefährlichen Waldbrandes wurde durch die sehr rasch herbeigeeilte Feuerwehr (Kommandant A. Gräßle) abgewandt, ehe größerer Schaden entstehen konnte. Aehnliche frühere Fälle in den ausgedehnten Waldungen der Umgebung mahnen wiederholt und dringend zu achtsamer Vorsicht.

Obernhausen, 27. März. Der Landwirtschaftliche Bezirksverein Neuenbürg hielt Sonntag nachmittag im Saal des Gasthauses zur „Linde" eine Mitgliederversammlung ab. Vorstand Weiß-Ottenhausen gab in seinen Begrüßungsworten aufrichtiger Freude Ausdruck über den zahlreichen Besuch aus dem ganzen Oberamtsbezirk. Insbesondere begrüßte er die Anwesenheit von Landesökonomierat Dr. Dobler, Herrenberg, sowie Diplomlandwirt Ils, Karlsruhe. Seinem kurzgefaßten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Verein am 1. Januar 583 Mitglieder zählte. Einigen Austritten im letzten Jahre standen verschiedene Neuanmeldungen gegenüber. Die geschäftlichen Arbeiten wurden abgewickelt in einer Ausschußsitzung am 18. März, einer Vorstandssitzung am 18. Mai, einer Mitgliederversammlung am 19. Mai, sowie einer Vorstands- und Ausschußsitzung am 13. Oktober. Außerdem wurde die Landwirtschaftsausstellung in Mannheim am 2. Juni gemeinsam besucht. In den meisten Gemeinden des Bezirks wurden örtliche Milchvereinigungen gegründet. Vorstand Weiß führte weiter aus, daß das Jahr 1932 kein befriedigendes für die Landwirtschaft gewesen sei. Der geringen Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung standen äußerst gedrückte Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse gegenüber, sodaß von einem Verdienst keine Rede mehr sein konnte. Trotz der Sparsamkeit der Bauern sei die Verschuldung unaufhaltsam fortgeschritten. Wenn die schweren Fehler der vergangenen Regierungen nicht baldigst wettgemacht werden können, dann gehe die Verelendung der bäuerlichen Bevölkerung weiter. Man verlange vor allem bessere Preise für Vieh, damit man seinen steuerlichen und sonstigen Verpflichtungen wieder nachkommen könne. In dieser Beziehung erhofft die Landwirtschaft rettende Maßnahmen durch die nationale Regierung. Bürgermeister Kircher entbot den Versammlungsteilnehmern herzlichen Willkommgruß seitens der Gemeinde Obernhausen. Er freue sich, daß der Landwirtschaftliche Bezirksverein nach so langer Zeit wieder den Weg in seine Gemeinde gefunden habe. Er freue sich besonders darüber, daß die erste Tagung in die Zeit der nationalen Erhebung falle und hoffe zuversichtlich, daß die neue Regierung die Interessen der Landwirte tatkräftiger wahren werde als die Regierungen des früheren Systems. Ein erster Schritt sei ja schon in der Fettwirtschaft gemacht worden. Vorstand Weiß wies in seinen Dankesworten darauf hin, daß die letzte Tagung in Obernhausen vor etwa zehn Jahren stattgefunden habe und da der Bezirk 34 Gemeinden umfasse, sei an einen öfteren Besuch der einzelnen Orte nicht zu denken. Im folgenden hielt Landesökonomierat Dr. Dobler anhand von zahlreichen Lichtbildern einen äußerst interessanten und lehrreichen Vortrag über das Thema: „Was lehrt die Geschichte der württembergischen Rindviehzucht?" Einleitend betonte der Redner die Wichtigkeit der Rindviehzucht für die gesamte private und Volkswirtschaft. Trotz der wenig intensivierten Zucht im Oberamtsbezirk Neuenbürg könne er behaupten, daß dieses Gebiet für die Zucht nicht weniger geeignet sei als andere Landesteile. Unnötig sei es, mit teurem Zuchtvieh anzufangen. Als viel wichtiger halte er es, sein Vieh von Grund und Jugend auf zu züchten. Eine bedeutende Rolle falle allerdings den Zuchtfarren zu. Einzelne Fehlschläge sollten nicht zur Mutlosigkeit verleiten. Im folgenden konnte man die fortschreitende Entwicklung einer planmäßigen Viehzucht seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts verfolgen. Aus Kühen von 6—8 Zentnern Körpergewicht und 8—900 Litern Milch Jahresleistung um 1850—60 wurden solche von 14—16 Zentnern im Jahre 1932 und 3000 Litern Milch, ja sogar in einzelnen Spitzenleistungen 6000—7000 Litern Milch pro Jahr. Das Gewicht der Farren steigerte sich von 8—9 Zentnern auf 20 Zentner im gleichen Zeitraum. Gleichen Schritt hielt die Veredelung des Körperbaues. Veterinärrat Dr. Sachs gab zu dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag noch ergänzende Ausführungen und bedauerte, daß das Interesse zur Viehzucht nicht größer sei, umsomehr, als dem Bezirk durch Viehkäufe jährlich über 600 000 RM. verloren gehen, da in diesem Zeitraum gegen 3000 Stück Vieh von auswärts eingeführt würden. Es müsse soweit kommen, daß durch Selbstzucht die Einfuhr gedrosselt werden könne. Die maßgebenden Stellen werden alle Bestrebungen nach dieser Richtung unterstützen. Einen weiteren lehrreichen Vortrag über „Unkrautbekämpfung mit Stickstoff" hielt Diplom-Landwirt Ils, Karlsruhe. Seine mit Humor durchwürzten Ausführungen klangen aus in den beherzigenswerten Schluß: Zur rechten Zeit Kalkstickstoff angewandt, vernichtet das Unkraut und düngt die Frucht. Vorstand Weiß sprach den beiden Rednern namens der Versammlung herzlichen Dank aus. Eine Gratisverlosung beendete die anregend verlaufene Tagung.

Württemberg

Stammheim, OA. Calw. (Vorübergehende Schließung des Konsumvereins.) Nachdem am Samstag vormittag durch drei Plakatträger die Einwohnerschaft Stammheims aufgefordert worden war, nichts mehr im Konsumverein zu kaufen, sammelten sich auf Einladung sämtliche Stammheimer Gewerbetreibende aller Berufe — ungefähr 50 an der Zahl — vor der Konsumvereins-Filiale. Forstmeister Schiedt, der Ortsgruppenleiter der NSDAP. und zwei mit Karabiner und Seitengewehr bewaffnete SA.-Leute waren miterschienen. Nachdem die Beauftragten der Gewerbetreibenden verlangt hatten, daß die Filiale geschlossen werden müsse, ließ Forstmeister Schiedt durch Handaufheben darüber abstimmen. Alle stimmten restlos für sofortige Schließung. Forstmeister Schiedt setzte die Ladeninhaberin von dem Resultat der Abstimmung in Kenntnis und verlangte Schließung der Filiale. Nachdem Türe und Schaufenster verschlossen waren, wurde oberhalb der Ladentüre ein Plakat angebracht mit der Aufschrift: „Kauft nichts im Konsumverein, kauft bei den Gewerbetreibenden, die am meisten Steuern bezahlen." Die beiden Hilfspolizisten wurden nach Beendigung der Sache wieder eingezogen. Der ganze Hergang verlief ohne Zwischenfall. Auf Veranlassung von Geschäftsführer Ulrich-Calw wurde die Konsumvereins-Filiale wieder geöffnet und das Plakat entfernt. Weitere Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Altensteig. (Der Straßenbau Nagold—Altensteig genehmigt.) Nach einem Telegramm des Reichstagsabgeordneten Dr. Stähle aus Berlin sind die Mittel zum Bau der Straße Nagold—Altensteig genehmigt worden.

Herrenberg. (Seltene Tierfreundschaft.) In einer Ortschaft des Oberamts Herrenberg trug sich folgende Tiergeschichte zu: Ein Schweinezüchter hatte ein Mutterschwein, das 11 Junge zur Welt brachte, wovon 10 sofort verendeten. Das einzige nahm die Schweinemutter nicht mehr an, sodaß die Hundemutter, die am selben Tag auch ein Junges zur Welt brachte, sich des stiefmütterlich behandelten Schweinchens annehmen mußte. Die Hundemutter tat dies in rührender Weise.

Stuttgart. (Inseratenbeschränkung für den „Staatsanzeiger".) Auf Beschluß des Staatsministeriums ist es, wie der „NS.-Kurier" berichtet, dem „Staatsanzeiger" in Zukunft untersagt, Anzeigen von Warenhäusern und Einheitspreisgeschäften aufzunehmen.

Stuttgart. (Festnahme einer eleganten „Dame" am Bahnhof). Am Sonntag abend gegen 8 Uhr wurde am Stuttgarter Hauptbahnhof eine elegant gekleidete Dame von der Polizei festgenommen und auf die Polizeiwache gebracht. Schon dort stellte sich heraus, daß es sich um einen erwerbslosen Mann in den dreißiger Jahren aus Stuttgart handelte. Sein Aeußerliches, zierliche Schuhe, ein reizendes Hütchen und ein fabelhafter Pelzmantel ließen dies kaum erkennen. Lediglich sein auffälliges Benehmen veranlaßte die Festnahme. Die weitere Untersuchung wird ergeben, ob der Mann aus Neigung, aus verbrecherischer Absicht oder aus Unfug die Rolle der „vornehmen Dame" spielte. An Barmitteln verfügte er im übrigen über keinen Pfennig.

Stuttgart. (SA.-Gruppenführer v. Jagow zum Obergruppenführer ernannt) Der SA.-Gruppenführer Süd-West (Württemberg, Baden und Pfalz) v. Jagow-Stuttgart ist, wie wir erfahren, zum SA.-Obergruppenführer III ernannt worden. An seiner Stelle wurde dem bisherigen Führer der badischen SA., Hans Ludin-Karlsruhe, die Führung der gesamten SA.-Gruppe Süd-West übertragen.

Neckarweihingen, OA. Ludwigsburg. (Ein Mord in den Weinbergen). In den Weinbergen im Gewand Bergen wurde am Montag morgen von einer hiesigen Einwohnerin eine Frauenleiche gefunden. Das Landjäger-Stationskommando Ludwigsburg und die Stuttgarter Mordkommission wurden sofort benachrichtigt. Die Tote ist eine Frau von etwa 30 Jahren, die bisher nicht identifiziert werden konnte. Nach Lage der Dinge liegt zweifellos Mord vor. Die Leiche weist starke Kopfverletzungen auf und man vermutet, daß die Frau von jemand die Felsen hinabgestürzt und dann bis zur Fundstelle geschleift worden ist. Möglicherweise wollte der Täter die Leiche in den Neckar werfen.

Urach. (Schwerer Motorradunfall). Sonntag abend ereignete sich auf der Staatsstraße zwischen Urach und Seeburg ein schwerer Motorradunfall. Alfred Buck in Bezingen fuhr mit seinem Kraftrad mit Beiwagen von Buttenhausen nach Urach zurück. Er hatte zwei Brüder, Ernst und Fritz Rauscher von Buttenhausen bei sich. Bei der „Enge" kam der Lenker des Kraftrads von der Straße ab und fuhr auf einen Baum. Lenker und Soziusfahrer wurden vermutlich gegen den Baum und dann in die Erms geschleudert und waren auf der Stelle tot. Der 32 Jahre alte Fritz Rauscher, der im Beiwagen saß, wurde ebenfalls erheblich verletzt und mußte ins Bezirkskrankenhaus Urach eingeliefert werden.

Ebingen. (Dr. Haux verhaftet.) Samstag früh wurde von der hiesigen Polizei der bekannte Industrielle Dr. Haux in seinem Betrieb verhaftet. Die Gründe der Festnahme waren bis zur Stunde noch nicht in Erfahrung zu bringen. Haux, der im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben der Stadt Ebingen und weit darüber hinaus seither eine bedeutende Rolle spielte, ist seit 1¼ Jahren Mitglied des Ebinger Gemeinderats. Auch für die Handelskammer Reutlingen bekleidet er ein Ehrenamt. Politisch gehört Dr. Haux zur Demokratischen Partei, deren Mitglied er ist.

Ebingen. (In Schutzhaft genommen.) Am Samstag mittag wurde der Verlags- und Hauptschriftleiter des „Neuen Albboten" in Ebingen, Mayer, von SA.-Leuten in Schutzhaft genommen und nach dem Balinger Amtsgerichtsgefängnis transportiert. Verlagsleiter Mayer ist zugleich Bezirksvorsitzender der Deutsch-Demokratischen Partei des Bezirks Balingen.

Ebingen. (Kommunistischer Attentatsversuch.) In der Nacht zum Samstag spielten sich vor dem Ebinger Gaswerk, wie die Polizei mitteilt, mysteriöse Vorgänge ab. Als einer der Schichtarbeiter mit einem Schiebewagen hinausfuhr, um glühenden Koks auf die Halde zu fahren, wurde er gegen Mitternacht von einem unbekannten Mann mit einem Prügel niedergeschlagen. Die sofort alarmierte Ebinger Polizei wurde bei ihrem Eintreffen mit Steinen beworfen. Die Polizei vermutet, daß von Kommunisten ein Anschlag auf das Gaswerk geplant war. Aus diesem Grunde wurden im Laufe des Samstagvormittags eine weitere Anzahl von verdächtigen Ebinger Elementen, hauptsächlich Funktionäre der KPD. in Schutzhaft genommen und ins Amtsgerichtsgefängnis nach Balingen abtransportiert. Im ganzen wurden am Samstag 17 Verdächtige festgenommen. Zahlreiche andere Kommunisten waren schon vorher festgenommen und auf das Lager Heuberg verbracht worden.

Ebingen. (Schweres Autounglück — Ein Toter.) In der Nacht zum Sonntag fuhr der Stukkateur Eugen Hugger von hier mit einigen Bekannten von der Wirtschaft zum „Löwen" weg. Das vollbesetzte Personenauto geriet, wie die Polizei mitteilt, in der Meßstetter Straße aus der Kurve und fuhr in vollem Tempo gegen einen Baum. Durch den Anprall wurden die drei Mitfahrer des Hugger aus dem Fahrzeug geschleudert, wobei der verheiratete Gipser Ruppert Gehring von hier tot auf der Straße liegen blieb. Ihm war ein Holzsplitter durch den Kopf getrieben, durch den er völlig unkenntlich gemacht wurde. Die beiden anderen Mitfahrer erlitten erhebliche Verletzungen, sodaß sie ins Ebinger Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Der Führer Hugger, der nach dem Polizeibericht stark betrunken war, kam mit leichteren Verletzungen davon. Er wurde sofort in Haft genommen. Das Auto wurde bei dem Anprall vollständig zertrümmert.

Ulm. (Aus der Haft entlassen.) Wie wir hören, wurde

Riesenkundgebung des gewerblichen Mittelstandes

Stuttgart, 27. März. (SCB.) Die Organisationen des gewerblichen Mittelstandes veranstalteten am Montag abend zusammen mit der Handwerkskammer Stuttgart eine große Mittelstandskundgebung. Der Besuch der Veranstaltung von nah und fern, auch aus den Oberämtern Ludwigsburg, Waiblingen, Schorndorf, Gmünd, Eßlingen, Göppingen usw. war so stark, daß der Festsaal schon eine Stunde vor Beginn wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen werden mußte. Viele Tausende mußten im Konzertsaal der Liederhalle, im Liederhallegarten und noch im Stadtgarten untergebracht werden, wo die Reden durch Lautsprecher übertragen wurden. Die ganze Veranstaltung wurde auch auf den Südfunk übernommen. Als Gäste wohnten der Kundgebung auch Finanzminister Dr. Dehlinger, die Staatsräte Hirzel und Dr. Lehnich, Landesfinanzamtspräsident Peiffer, der Rektor der Technischen Hochschule usw. bei. Nach dem feierlichen Einmarsch der Fahnenabordnungen der SA., der SS., des Stahlhelms, des deutschnationalen Kampftrupps sowie der Handwerkerinnungen eröffnete der deutschnationale Stadtrat Bäckerobermeister Rächele (Stuttgart) die Riesenkundgebung, wobei er die besonderen Grüße des an der Teilnahme verhinderten Staatspräsidenten Murr überbrachte. Der Redner feierte die nationale Erhebung und gedachte ihrer Toten, worauf die SA.-Kapelle das Lied vom guten Kameraden spielte. Als Hauptredner des Abends sprach Staatskommissar Dr. Strölin-Stuttgart über Gemeinde und Mittelstand. Er führte in seinem Referat u. a. aus: Gemeinde und Mittelstand sind die ausgesprochenen Stiefkinder des bisherigen politischen und wirtschaftlichen Systems gewesen. Die Gemeinde war das Stiefkind unter den Trägern der öffentlichen Wirtschaft und der Mittelstand auf der anderen Seite war all die Jahre hindurch das Stiefkind der privaten Wirtschaft. Einzelhandel und Handwerk waren die ausgesprochenen Prügelknaben, die von allen Seiten mißachtet und mit Füßen getreten worden sind. Die Folge dieser Behandlung von Gemeinde und Mittelstand war, daß weithin in Deutschland beide zu Trümmerhaufen geworden sind. Die Ursachen für die Not liegen vor allem auf drei Gebieten: 1. in der völlig verfehlten Finanz- und Steuerpolitik der bisherigen Reichsregierungen, 2. in der bewußten Zerstörung der kommunalen Selbstverwaltung und 3. in der grundsätzlich falschen geistigen Verfassung und Gestaltung der Wirtschaft. Das parlamentarische System in den Gemeinden war vor allem der Ausgangspunkt einer unverantwortlichen Ausgabenwirtschaft, durch die wiederum der Mittelstand völlig unnötig belastet worden ist. Insbesondere auf dem Gebiet der Beamtenpolitik hat die Parteiherrschaft geradezu Orgien gefeiert. Eine ausgesprochene Folge des Parteisystems war auch die Schematisierung der Fürsorge. Unmittelbar auf marxistischen Einfluß ist auch die Ueberspitzung der Regiebetriebe zurückzuführen. Gerade hier muß eine gründliche Aenderung der Einstellung der Gemeinden zum Mittelstand eintreten. Die Gemeinden haben die Pflicht, den Mittelstand vor seinen wirtschaftlichen Gegnern zu schützen. In diesem Sinne habe ich mich auch bereits dafür eingesetzt, daß die Konkurrenz der Warenhäuser eingeschränkt wird. Dringend notwendig ist es auch, daß man aus den Warenhäusern die „Lockvögel" — die Lebensmittelabgabe und die Erfrischungsräume — verschwinden läßt. Es ist ferner dringend notwendig, dafür zu sorgen, daß bei den städtischen Vergebungen unbedingt nach dem Geist der Reichsverdingungsordnung verfahren wird.

Neben solchen Einzelmaßnahmen ist aber gerade auch vom Standpunkt des Mittelstandes aus eine grundlegende Reform des Gemeindeverfassungsrechts notwendig. Der Gemeinderat ist ein Verwaltungskörper und kein Gesetzgebungskörper. Daraus ergibt sich als Grundforderung gerade vom Standpunkt des Mittelstandes die radikale Entpolitisierung der Gemeindevertretung. Eine wichtige Zukunftsaufgabe ist daher die Umgruppierung der Gemeindevertretungen auf die Grundlage der berufsständischen Gliederung. Im Interesse einer fruchtbaren Arbeit sollte sogleich die Zahl der Gemeinderatsmitglieder wesentlich verringert werden, z. B. in Stuttgart von 60 auf 50 oder 40. Gleichzeitig muß aber auch die Stellung des Stadtvorstandes durch die Gemeindeordnung im Sinne des Führergedankens ausgestaltet werden. Der Stadtvorstand muß dem Gemeinderat den Stempel seiner Persönlichkeit aufdrücken. Vordringlich ist im Augenblick die Gleichschaltung des Gemeinderats mit dem Reichstag und den Ländervertretungen. Noch wichtiger als all diese Reformen ist sowohl für die Gemeinden wie für den Mittelstand die Gesundung der Wirtschaft überhaupt. Vor allem ist eine völlige geistige Erneuerung notwendig. Kapitalismus und Marxismus haben aber in gleicher Weise zu der jetzigen Verelendung des Mittelstands beigetragen. Angesichts dieser Tatsachen müssen Gemeinde und Mittelstand miteinander einen Weg zur Neugestaltung der Wirtschaft finden. Die Wirtschaft muß aus einer Herrscherin wieder zu einer Dienerin des Volkes werden. Es ist der unerschütterliche Wille der nationalen Bewegung, die Profitsucht des Einzelnen und die Selbstsucht der Klasse zu überwinden und den Grundsatz „Gemeinnutz vor Eigennutz" als Pflicht und als Ehre für jeden Einzelnen zum obersten Gesetz zu erheben. Das ist ein wesentliches Ziel, das sich die nationale Regierung gestellt hat. Der Mittelstand und die Träger der nationalen Revolution haben daher das gleiche Ziel.

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Drechslermeister Dempel-Stuttgart wandte sich gegen die Handwerksführer, die immer politische Neutralität predigten, aber die Hitlerbewegung bekämpften, aber jetzt plötzlich mit Treueschwüren und auch noch mit Forderungen kommen. Er erklärte, daß wer nicht mitgekämpft habe, auch nichts zu fordern habe. Für die bisherigen Handwerksführer, die Demokraten, Wirtschaftsparteiler usw. heiße die Parole: Abtreten! Wenn sie nicht freiwillig verschwinden, würden sie von den Nationalsozialisten von den Sesseln herausgehoben werden. Der deutschnationale Land- und Reichstagsabgeordnete Wider Stuttgart sprach für den kaufmännischen Mittelstand. Er wandte sich mit scharfen Worten gegen das System der letzten 14 Jahre. Unter dem Einfluß des Marxismus, der Demokratie und des Liberalismus sei die Anarchie des Kapitals Tatsache geworden. Das Ergebnis sei eine ausgebluteten deutsche Wirtschaft, eine unbeschäftigte Industrie, eine in Not geratene Landwirtschaft. Wir verlangen eine neue Wirtschaftsordnung, die einen neuen mächtigen Mittelstand schafft. Jeder Mittelständler habe die Pflicht, sich hinter die neue Regierung zu stellen, da sie die bisherigen Forderungen des Mittelstandes zu den ihren gemacht hat. Das Schlußwort sprach der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Witzner-Nagold, worauf die Kundgebung mit großen Beifallsstürmen für die Redner und dem Gesang des Deutschlandliedes schloß.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Stadtrat Spindler wieder aus der Haft entlassen. Es hat sich nicht um Verwaltungsangelegenheiten gehandelt.

Aitrach, OA. Leutkirch. (Wenn ein Eierwagen umstürzt). Einen bedauernswerten Unfall erlitt die Händlersfrau Geiger aus Mooshausen. An einer Kurve kippte ihr Wagen mit Eiern um, und Frau Geiger zog sich schwerere Verletzungen zu. Die ganze Straße lag voll mit Eiern, die alle in Brüche gegangen waren.

Forderungen des Mittelstandes

Stuttgart, 26. März. Der Württ. Mittelstandspunkt für Handel und Gewerbe hat an das Württ. Staatsministerium ein Schreiben gerichtet, das folgende Forderungen enthält: 1. an die Reichsregierung: Sondersteuer für Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte sowie Großhandelsgeschäfte mit Filialbetrieb und zwar mindestens in Höhe eines dreißigprozentigen Zuschlags zu der Gemeindegewerbesteuer; Aufhebung der Befreiung der Konsumvereine von der Körperschaftsteuer und volle Besteuerung des Mitgliederrabatts sowohl für die Körperschaftsteuer wie für die Gewerbesteuer; 2. an die Württ. Staatsregierung: Energisches Eintreten beim Reichsfinanzministerium für die obligatorische Einführung der Warenhaussteuer, sowie das Eintreten für die Gleichstellung der Konsumvereine mit dem Gewerbe auf dem Gebiet der Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer; Heranziehung sämtlicher freier Berufe zur Gewerbesteuer 1933 und 1934 bis zur Inkraftsetzung des Gewerbesteuerrahmengesetzes. Es geht nicht an, daß Württemberg sich noch weitere zwei Jahre der Besteuerung der freien Berufe als nahezu einziges Land entzieht, zumal es sich um eine anerkanntermaßen im höchsten Grad gerechte Forderung handelt; die sofortige Heranziehung der Betriebe der öffentlichen Hand, insbesondere auch der Ueberlandwerke und sonstiger Versorgungsbetriebe zur Gewerbesteuer, ferner Besteuerung der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Aufhebung des Steuerprivilegs der Württ. Hypothekenbank und der Württ. Notenbank. Einverständnis auch mit der Heranziehung der Genossenschaften aller Art im gleichen Umfang, wie dies im Gewerbesteuerrahmengesetz vorgesehen ist, zur Gewerbesteuer, um den Konsumvereinsfreunden jeden Einwand gegen die volle Besteuerung der Konsumvereine aus der Hand zu nehmen. Es bedarf zu der Durchführung dieser Maßnahmen nur einer Anordnung der württ. Landesregierung ohne Erlassung eines Landesgesetzes. Das Württ. Finanzministerium soll diese Maßnahmen sofort durchführen. Durch diese Maßnahmen wird die Gefahr einer Umlageerhöhung wohl für die meisten Gemeinden beseitigt werden.

Eine Erklärung des nat.-soz. Kampfbundes zur Erhaltung des Mittelstandes

Stuttgart, 27. März. Der Nationalsozialistische Kampfbund zur Erhaltung des gewerblichen Mittelstandes gibt zu den wichtigsten Mittelstandsfragen eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Der Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes vertritt das wirtschaftliche Sofortprogramm der NSDAP., das folgende Punkte umfaßt: Förderung der Privatinitiative unter Anerkennung des Privateigentums, Neuordnung des Warenhauswesens, Beseitigung der steuerlichen Bevorzugung der Konsumvereine, Bekämpfung der Genossenschaften, die den Mittelstand gefährden, Einschränkung der Regiebetriebe, Reorganisierung des Vergebungswesens, Bankenkontrolle, Preiskontrolle, Unterbindung von Korruptionserscheinungen, Ausschaltung ungerechtfertigter Gewinnspannen des Zwischenhandels u. a. m.

Die Deutsche Demokratische Partei und der neue Staat

Stuttgart 27. März. Die Deutsche Demokratische Partei Württembergs und Hohenzollerns nahm in einer vom ganzen Land stark besuchten Landesvorstandssitzung einen Bericht über die Stellungnahme der Partei im Reichstag zum Ermächtigungsgesetz entgegen. Die Abstimmung wurde einstimmig gebilligt und folgendes beschlossen: Die Deutsche Demokratische Partei ist hinter dem schwer bedrängten Staat der Nachkriegszeit gestanden. Wie sie Volk und Reich in dem deutschen Staat gedient hat, der in den Wirren des ohne deutsche Schuld verlorengegangenen Krieges entstanden ist, so haben wir uns grundsätzlich auch dem neu sich ordnenden Staat gegenüber, dessen endgültige Form heute nicht überblickbar ist, zu verhalten. Wir fordern unsere Anhänger auf, weiter den unzerstörbaren Idealen von Volk und Vaterland, Recht und Freiheit, wie sie von der schwäbischen Demokratie ein volles Jahrhundert gepflegt wurden, treu zu bleiben und als Staatsbürger dem neuen Staat gegenüber gewissenhaft ihre Pflicht zu erfüllen. Dem aus seinem Amt geschiedenen Wirtschaftsminister Dr. Maier wurde der Dank für seine Arbeit, die er für das ganze Land geleistet hat, ausgesprochen.

Prozeß Ritzau

Stuttgart, 25. März. Im Prozeß Ritzau ist am Samstag vormittag bereits in die Beweisaufnahme eingetreten worden, nachdem die Gründungsvorgänge bei der DAB. mit dem Angeklagten Dr. Otto Ritzau eingehend besprochen worden waren. Der Zeuge, Rechtsanwalt und Notar Dr. Ganzenhäuser, gab an, daß Dr. Otto Ritzau, der sich bei ihm als Dr. Otto Rau legitimiert habe, ihn in sehr beredter Weise zu überzeugen verstanden habe, daß ein Bedürfnis für eine neue Autoversicherungsgesellschaft bestehe. Die Sache sei ihm so geschildert worden, daß jegliches Mißtrauen habe schwinden müssen. Bei den Verhandlungen habe Dr. Otto Ritzau das große Wort geführt, während sich Paul Ritzau, der ihm als Paul Brenken vorgestellt wurde, an den Verhandlungen kaum beteiligte und sich nur über die technische Seite geäußert habe. Die Finanzierung sollte von dem Bankhaus Sautier in Luzern und zwei deutschen Banken durchgeführt werden. Als die Frage der Besetzung des Vorstandes und des Aufsichtsrates besprochen worden sei, hätten es die beiden Angeklagten vorläufig abgelehnt, ein offizielles Amt zu bekleiden, was in anderweitigen Transaktionen und mit mißlichen Familienverhältnissen erklärt worden sei. Durch die Vernehmung dieses Zeugen ergab sich, daß der Inhaber des Bankhauses Sautier in Luzern, Dr. Sautier und der Leiter der Züricher Filiale, Fritz Schmidhauser, bei der Gründung der DAB. eine mehr als dunkle Rolle gespielt haben. Diese beiden Schweizer Bankiers wußten genau, daß die Angeklagten Ritzau unter falschem Namen auftraten und daß die Finanzierung des neuen Unternehmens keineswegs gesichert war, wie es Dr. Otto Ritzau in Anwesenheit der beiden Herren bei den Gründungsverhandlungen geschildert hatte. Der Nachweis über das Vorhandensein des Aktienkapitals, das in Wirklichkeit nicht vorhanden war, erfolgte auf Grund zum Teil gefälschter Unterlagen. Nach der Vernehmung des Zeugen Dr. Ganzenhäuser gab der Angeklagte Dr. Otto Ritzau zu, daß der Zeuge schwer getäuscht wurde. Der Angeklagte bedauert dies außerordentlich, auch daß der Zeuge dadurch stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Er erklärte, er habe den Zeugen als einen tüchtigen und seriösen Anwalt kennen gelernt. Damit war das erste Kapitel der Anklage erschöpft. Fortsetzung Montag vormittag.

Einführung neuer Fibeln

Stuttgart, 25. März. Nachdem die letzten Vorräte der alten, seit dem Jahre 1910 eingeführten Fibeln aufgebraucht und die neuen Fibeln für die evangelischen und für die katholischen Volksschulen Württembergs fertiggestellt sind, hat das Kultministerium angeordnet, daß diese neue Fibeln mit Beginn des Schuljahres 1933/34 an allen evangelischen und katholischen Volksschulen Württembergs einzuführen und dem Unterricht des ersten Jahrgangs der Grundschule zu Grunde zu legen sind. Wegen der Umstellung des Schreib- und Leseunterrichts hat das Kultministerium einen Lehrplan für das Lesen in der Grundschule aufgestellt, der nähere Bestimmungen über Lehrziel, Lehraufgabe und Lehrverfahren trifft. Als Lehrziel wird bezeichnet: Hauptaufgabe des Lesens ist das Erfassen des Inhalts des Gelesenen und damit die Entwicklung der geistigen Kräfte des Kindes. In steter Verbindung damit muß die Lesefertigkeit als notwendiges Mittel zum Zweck mit aller Sorgfalt ausgebildet werden. Am Ende der Grundschule sollen die Kinder fähig sein, den Inhalt angemessener Stücke lesend zu erfassen, natürlich und schön zum Ausdruck zu bringen und frei wiederzugeben. Beim Lehrverfahren ist u. a. darauf zu sehen, daß die Kinder von Anfang an hinter den Zeichen die Sache sehen und den Sinn des Gelesenen erfassen sollen. Die Hauptsache ist, daß die Lesestücke einen geschlossenen Gesamteindruck erzeugen und ihre Wirkung auf das Gemüt des Kindes nicht verfehlen. Im Wiedererzählen des Gelesenen sollten die Schüler vielfach geübt werden.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 27. März. (Landesproduktenbörse.) Bei stärkerem Angebot und weiterer Zurückhaltung des Konsums ist die Tendenz auf dem Getreidemarkt in der abgelaufenen Woche etwas schwächer geworden. Es notierten je 100 Kg.: Württ. Weizen 21—21.75 (21 bis 22), Roggen 17.50—18 (unv.), Braugerste 18—19 (18—19.25), Futtergerste 16.50—17.50 (unv.), Hafer 13.50—14 (unv.), Wiesenheu (lose) 3.50—4 (unv.), Kleeheu (lose) 4.50—5.50 (unv.), drahtgepreßtes Stroh 2.20—2.50 (2.50—2.80), Weizenmehl Spezial 0 32.50—34 (32.75—33.25), Brotmehl 25.50—26 (25.75—26.25), Kleie 7.75—8 (8—8.25) Mark.

Letzte Nachrichten

Brandstiftung in Lauda

Lauda, 26. März. Gestern abend fand im Rügersaal ein unter Mitwirkung der Eberbacher SA.-Kapelle veranstalteter „Deutscher Abend" statt, an dem ungefähr 600 Personen teilnahmen. Gegen 11 Uhr ertönte im Saale plötzlich der Ruf „Feuer"! Aus der unmittelbar an den Saal angebauten Scheune schlugen gewaltige Flammen, die auch auf das Wohnhaus und auf den Saal überzugreifen drohten. Während ein Teil der SA. den Saal, in dem begreiflicherweise eine Panik auszubrechen drohte, räumte, versuchten andere SA.-Leute des Feuers Herr zu werden. Die sofort von Landrat Dr. Wagner, der im Saale anwesend war, alarmierten Feuerwehren erschienen bald auf der Brandstätte und konnten das Feuer lokalisieren.

Die Untersuchung der Brandursache ergab, daß das Feuer auf Brandstiftung zurückzuführen ist und daß das Holz mit feuergefährlicher Flüssigkeit übergossen war. Es wurde sofort der Verdacht laut, daß hier kommunistische Brandstifter am Werke waren. Landrat Dr. Wagner gab der SA. sofort Polizeigewalt, die innerhalb zehn Minuten sämtliche bekannte Kommunisten Laudas verhaftete.

Des weiteren wurde festgestellt, daß auswärtige Kommunisten in Lauda waren, die sofort verschwanden. Da die Landaer SA. sich nicht an der Löschung des Feuers beteiligen konnte — sie nahm Haussuchungen und Verhaftungen bei den Kommunisten vor — verblieben auswärtige SA.-Leute an der Brandstelle, die die Hausbewohner nicht kannten, die die aus dem Hause kommenden Personen passieren ließen in der Annahme, daß es sich nur um Hausbewohner handle. Wie jetzt festgestellt werden konnte, haben während des Brandes fremde Personen das Haus verlassen, während die Bewohner des Hauses zum Teil erst geweckt werden mußten. Ein Kommunist, der eine Flasche Schwefeläther bei sich trug, konnte verhaftet werden. Da auch am Brandherd leere Flaschen gefunden wurden, glaubt man in dem Verhafteten einen der Terroristen erwischt zu haben. Es steht fest, daß die Landaer Kommunisten nicht direkt an dem Brandterror beteiligt waren, vielmehr glaubt man, daß die Attentäter aus der Mergentheimer Gegend stammen.

Sprechsaal.

Dennach, 27. März. Dem Berichterstatter des „Enztäler" muß auf seinen Samstagsbericht über die Veranstaltung anläßlich der ersten Reichstagssitzung einseitige Berichterstattung entgegengehalten werden, insofern, als nicht der „Stahlhelm", sondern der Freiwillige Arbeitsdienst die Kundgebung veranstaltete. Es kann auch nicht davon die Rede sein, daß die Schüler geschlossen an der Veranstaltung teilgenommen haben, denn die Gemeindeverwaltung hat weder die Schule, noch die Einwohnerschaft zu der Veranstaltung eingeladen. Sicherlich hätte die Feier einen andern Schwung erhalten, wenn auch in der Tat die Volksgemeinschaft hervorgetreten wäre. Dies kann nie und nimmer der Fall sein, wenn die Einwohnerschaft und die Schule von der ganzen Veranstaltung nichts erfährt. Hätten die Schule, die Vereine und die Einwohnerschaft zusammengewirkt, dann wäre sicher auch in unserer Gemeinde das Bild der geschlossenen Volksgemeinschaft hervorgetreten, so aber war es mehr oder weniger nur eine Angelegenheit des Freiwilligen Arbeitsdienstes. NSDAP., Bl., De....

Der „Enztäler" kann täglich bestellt werden

Evang. Volksschule Neuenbürg.

Aufnahme der angemeldeten Schüler am **Samstag**, 1. April, 10 Uhr, in Kl. I.

Fortbildungsschule der Mädchen.

Erster Schultag für Kl. I (Konfirmanden): Donnerstag, 20. April, 8—12 Uhr.

Erster Schultag für Kl. II (älterer Jahrgang): Dienstag, 18. April, 8—12 Uhr.

J. V. des Schulvorstands: R. Fuchs.

Dobel.

Arbeits-Vergebung.

Zum Wohnungsneubau des Herrn **A. König** in **Dobel** habe ich folgende Arbeiten zu vergeben:

Beton- und Maurer-, Zimmer-, Flaschner-, Dachdecker-, Gipser-, Schreiner- und Glaser-, Schlosser-, Maler- und Tapezier-Arbeiten, Installation von Wasser und elektr. Licht und die Trägerlieferung.

Die Unterlagen liegen am **Freitag den 31. März**, von 9—18 Uhr, bei mir auf und werden gegen Erstattung der Selbstkosten abgegeben. Die Angebote wollen bis spätestens **Mittwoch den 5. April, mittags 12 Uhr**, verschlossen mit entsprechender Aufschrift bei mir abgegeben werden.

Den 28. März 1933.

E. Hudelmaier, Dipl.-Ing.

Obernhausen.

Ca. 25—30 Zentner

Dickrüben

hat zu verkaufen

Gottlob Becht.

Tapp-Karten

empfiehlt

C. Meeh'sche Buchhdlg.

Dennach.

Achtung! Bruteier!

Aus erstklassiger Rhodeländer Schönheits- und Leistungszucht gebe **Bruteier** ab, Stück 30 Pfg. Vorbestellung erwünscht. Gebe im Sommer auch **Jungtiere** ab. Stamm ist höchstprämiiert.

Gottlob Hörter.

Forstamt Neuenbürg.

Eichen-Stamm- und Beigholz-Verkauf

am Donnerstag den 30. März 1933, nachmittags 5 Uhr, in der „Enzbrücke" **Stammholz** aus Staatswald Tröstwald Tröstbachhalde, Rehsteig, Erdfall, Gsäßberg, Kanzel, Lindenberg, Dachsbau: 42 Stämme mit Fm.: 5,61 II., 5,34 III., 1,70 IV., 2,55 V., 2,95 VI. Kl.; **Beigholz** aus Abt. Erdfall: Rm.: 8 (1,20 lg.), 12 (1,0 lg.), 15 Anbr., 2 Birken-Anbr. Kleine Lose.

Birkenfeld.

Eine Baumwiese,

11 Ar groß, und ein

Acker,

8 Ar groß, zu verkaufen.

Zu erfragen

Hauptstraße 36.

Feldrennach.

Junge, erstklassige

Milchkuh,

unter zwei die Wahl, hat zu verkaufen

Schönthaler z. „Adler".

Zum Schulbeginn

empfehlen wir:

Fibeln, Tafeln, Federkasten, Griffel, Schwammdosen mit Schwämmchen, Schulhefte, Heftumschläge, Federhalter in versch. Ausführungen, Bleistifte, Radiergummi, Zeichenblöcke, Farbkasten, Farbstifte in Schachteln, Farbschalen, Reißzeuge, Tinten, Winkel, Meterstäbe, Notizbücher, Notizblöcke in jeder Größe, Aufgabenbücher, Tusche

Bestellungen in Schulbüchern für Volks- und Realschulen werden prompt ausgeführt.

C. Meeh'sche Buchhandlung

Inhaber Fr. Biesinger, Neuenbürg

Eingetroffen:

Frische Saat-Kartoffeln

Böhm's Ackersegen, Erdgold, Modrows Preußen, Parnassia,

nur krebsfeste Sorten, zu günstigen Preisen.

Kaufstelle Lagerhaus Schwann.

Aus meinem reichhaltigen Lager in

Weiß- und Rotweinen

der besten Lagen von Württemberg, Baden, Pfalz, Rheinhessen, Nahe, Rhein und Mosel empfehle ich besonders

Heilbronner	Laufener Gutedel (Markgräfler)	Wachenheimer
Weinsberger	Durbacher Weißherbst	Dürkheimer Halsberg
Steinsteiger	Waldulmer	Oppenheimer
Mundelsheimer Käsberg	Birkweiler	Niersteiner
Ihringer	Kastanienbuscher	Zeiltertäler
Bickensohler	Bernkasteler Schloßberg	Korrheimer
Hügelheimer	Gimmeldinger	Schloß Böckelheimer
		Ober-Ingelheimer
		Aßmannshäuser

sowie eine Anzahl weiterer Konsum- und Qualitätsweine verschiedener Jahrgänge in allen Preislagen.

Neben der Lieferung **in Fässern** jeder Größe mache ich besonders auf den bequemen Bezug **in Literflaschen** aufmerksam.

Die Lieferung auch kleiner Bestellungen erfolgt durch meine Autos frei Haus. — Verlangen Sie Angebot mit Proben.

GUSTAV HÜTTINGER, PFORZHEIM

Weingroßhandlung Telefon 2770 und 3070

Vieh-Verkauf.

Von **Mittwoch früh 7 Uhr** ab steht in den Stallungen des **Friedrich König** gegenüber dem Bahnhof in **Höfen** ein großer, frischer Transport

erstklassiger Kälberkühe, ausnahmsweis schwerer hochträchtiger Kalbinnen, sowie schöner Zucht- und Einstellrinder

zum Verkauf, wozu Kauf- und Tauschliebhaber einladet

Manfred Löwengardt, Rexingen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw